Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXII
Entscheidungsverzeichnis	XL
Einleitung	1
1. Teil: Bedeutung der Nutzungseinlage und ihre Behandlung in der Rechtsprechung	3
§ 1 Begriff der Nutzungseinlage	3
§ 2 Überblick über die Rechtsprechung des BFH zur Nutzungseinlage	10
2. Teil: Nutzungen als einlagefähige Wirtschaftsgüter	22
§ 3 Inhalt und Reichweite des Maßgeblichkeitsgrundsatzes im Hinblick auf den steuerrechtlichen Wirtschaftsgutbegriff unter besonderer Berücksichtigung der Einlage- und Entnahmevorschrift	23
§ 4 Nutzungen als entnahme- und einlagefähige Wirtschaftsgüter	39
3. Teil: Nutzungen und unentgeltlich erlangte Nutzungsrechte als einlagefähige nicht bilanzierbare Wirtschaftsgüter	69

§ 5 Vergleich des einlagefähigen Wirtschaftsgutes "Nutzung" mit dem einlagefähigen Wirtschaftsgut "Nutzungsrecht"	69
§ 6 Bewertung von Nutzungseinlage und eingelegtem unentgeltlich erlangtem Nutzungsrecht	78
4. Teil: Nutzungseinlagen in Personen- und Kapitalgesellschaften durch ihre Gesellschafter	99
§ 7 Der Begriff der Einlage im Recht der Personengesellschaften, der Kapitalgesellschaften und im Steuerrecht	99
§ 8 Die Nutzungseinlage in Personengesellschaften durch ihre Gesellschafter	104
§ 9 Die Nutzungseinlage in Kapitalgesellschaften durch ihre Gesellschafter	110
5. Teil: Nutzungseinlagen zwischen verbundenen Kapitalgesellschaften	120
§ 10 Inländische Sachverhalte	121
§ 11 Sachverhalte mit Auslandsbeziehung – Konkurrierende Gewinnberichtigung nach § 1 AStG	132
6. Teil: Ergebnisse	149
Sachregister	155

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXII
Entscheidungsverzeichnis	XL
Einleitung	1
1. Teil: Bedeutung der Nutzungseinlage und ihre Behandlung in der Rechtsprechung	3
§ 1 Begriff der Nutzungseinlage	3
I. Zweck der Gewinnkorrekturvorschriften	3
II. Entnahme und Einlage nach gesetzlicher Definition	4
III. Wesensmerkmale der Nutzungseinlage	5
1. Vergleich mit § 100 BGB	5
2. Einlage von Nutzungen	6
3. Nutzung und Nutzungsmöglichkeit	7
4. Tatsächliche Nutzung und Nutzungsrecht	8
§ 2 Überblick über die Rechtsprechung des BFH zur Nutzungseinlage	10
I. Die Entwicklung der höchstrichterlichen Rechtspre- chung zur Nutzungsüberlassung im Einzelunternehmen	11
1. Die frühere Rechtsprechung	11

2. Der Vorlagebeschluß des I. Senats	14
3. Der Beschluß des Großen Senats	16
II. Die Entwicklung der höchstrichterlichen Rechtsprechung zur Nutzungsüberlassung in Personengesellschaften durch den Gesellschafter	17
1. Die frühere Rechtsprechung	17
2. Der Vorlagebeschluß des I. Senats	17
3. Der Beschluß des Großen Senats	18
III. Die Entwicklung der höchstrichterlichen Rechtsprechung zur Nutzungseinlage in Kapitalgesellschaften durch den Gesellschafter	19
1. Die frühere Rechtsprechung	19
2. Der Vorlagebeschluß des I. Senats	20
3. Der Beschluß des Großen Senats	20
2. Teil: Nutzungen als einlagefähige Wirtschaftsgüter	22
§ 3 Inhalt und Reichweite des Maßgeblichkeitsgrundsatzes im Hinblick auf den steuerrechtlichen Wirtschaftsgutbegriff unter besonderer Berücksichtigung der Einlage- und Entnahmevorschrift	23
I. Allgemeines	23
II. Die Verweisung auf die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	24
III. Folgerung für den steuerrechtlichen Wirtschaftsgutbegriff	27
1. Der Maßgeblichkeitsgrundsatz als steuerrechtliches Prinzip	28

2. Folgerungen für spezifisch steuerrechtliche Gewinnermittlungsgrundsätze	31
a) Keine inhaltliche Maßgeblichkeit des handelsrechtlichen Vermögensgegenstandes für das steuerrechtliche Wirtschaftsgut der Gewinnkorrekturvorschriften	31
b) Keine handelsrechtliche Maßgeblichkeit für die steuerrechtliche Einlagefähigkeit	34
3. Kein Gegenargument aus § 6 EStG	36
4. Ergebnis	37
§ 4 Nutzungen als entnahme- und einlagefähige Wirtschaftsgüter	39
I. Die Entnahmenvorschrift des § 4 Abs. 1 Satz 2 EStG	40
1. Zweck der Entnahmenvorschrift	40
2. Bezeichnung der entnahmefähigen Güter, insbesondere der Nutzung, als Wirtschaftsgüter	41
a) Weiter einheitlicher Wirtschaftsgutbegriff oder zwei Wirtschaftsgutbegriffe im EStG?	41
b) Der Wirtschaftsgutbegriff nach den Erfordernissen der einkommensteuerrechtlichen Gewinnkorrekturvorschriften	44
ba) Allgemeine Definition des Wirtschaftsgutes nach dem BFH	44
bb) Die einzelnen Tatbestandsmerkmale des Wirtschaftsgutes nach dem BFH	45
bba) Selbständige Bewertungsfähigkeit	45
bbb) Selbständige Verkehrsfähigkeit	48
bbc) Kosten des Steuerpflichtigen zur Erlangung des durch die Nutzung begründeten Vorteils	52
bbd) Nutzen für mehrere Wirtschaftsjahre	52
bc) Ergebnis	54

c) Verbietet sich ein eigenes Wirtschaftsgut "Nutzung" wegen deren Abhängigkeit von der Existenz des genutzten Wirtschaftsgutes?	55
d) Weite Definition des Wirtschaftsgutes im EStG – Vergleich mit dem "Gut" des § 8 Abs. 1 EStG	57
e) Gesamtergebnis	59
II. Die Einlagevorschrift des § 4 Abs. 1 Satz 5 EStG	59
1. Zweck der Einlagevorschrift	59
2. Das Verhältnis der Einlagevorschrift zur Entnahmevorschrift	60
a) Das Verhältnis von § 4 Abs. 1 Satz 2 EStG zu § 4 Abs. 1 Satz 5 EStG unter Zugrundelegung eines Wirtschaftsgutes "Nutzung"	60
b) Mögliche abweichende Interpretation des Verhältnisses zur Entnahmevorschrift bei Verneinung eines Wirtschaftsgutes "Nutzung"?	61
c) Ergebnis	67
3. Teil: Nutzungen und unentgeltlich erlangte Nutzungsrechte als einlagefähige nicht bilanzierbare Wirtschaftsgüter	69
§ 5 Vergleich des einlagefähigen Wirtschaftsgutes "Nutzung" mit dem einlagefähigen Wirtschaftsgut "Nutzungsrecht"	69
I. Die "gesicherte Rechtsposition" als tatbestandliche Voraussetzung eines Wirtschaftsgutes "Nutzungsrecht"	70
1. Leihverträge als gesicherte Rechtsposition	71
2. Die eheliche Mitwirkungspflicht aus § 1353 BGB als gesicherte Rechtsposition	72

3. Gesellschafterbeschluß als gesicherte Rechtsposition	73
4. Ergebnis	74
II. Vorrang der Einlageregelung vor dem Aktivierungs- verbot des § 5 Abs. 2 EStG?	74
III. Zeitpunkt der Einlage eines Nutzungsrechtes und einer Nutzung	76
§ 6 Bewertung von Nutzungseinlage und eingelegtem unentgeltlich erlangtem Nutzungsrecht	78
I. Bewertungskonzepte in der Rechtsprechung	78
1. Nutzungseinlage	78
2. Nutzungsrechtseinlage	78
II. Bewertungskonzepte in der Literatur	79
1. Nutzungseinlage	79
2. Nutzungsrechtseinlage	80
III. Keine Anwendung des Teilwertbegriffes auf die Bewer- tung eingelegter Nutzungen und Nutzungsrechte	80
IV. Bewertung der eingelegten Nutzungen und Nutzungs- rechte mit den tatsächlich entstandenen Aufwen- dungen des Betriebsinhabers oder des Dritten	81
1. Nutzung eigenen betriebsfremden Vermögens	81
a) Bewertung der Nutzungseinlage mit den tatsäch- lichen Aufwendungen des Betriebsinhabers	81
b) Bewertung des eingelegten dinglichen Nut- zungsrechts am eigenen betriebsfremden Ver- mögen mit den tatsächlichen Aufwendungen des Betriebsinhabers	83
2. Keine Berücksichtigung der Aufwendungen des Betriebsinhabers als Betriebsausgabe – Das Verhältnis der Nutzungseinlage im Sinne des § 4 Abs. 1 Satz 5 EStG zur Betriebsaus- gabe des § 4 Abs. 4 EStG	85

3. Nutzung fremden Vermögens/Berücksichtigung des Drittaufwands im Wege der Nutzungseinlage	89
a) Bedürfnis zur Berücksichtigung von Drittaufwand	89
b) Berücksichtigung von Drittaufwand nach der Rechtsprechung	90
c) Berücksichtigung von Drittaufwand nach der Literatur	92
d) Nutzungseinlage und Einlage unentgeltlich er- langter Nutzungsrechte als Einlage der Aufwen- dungen des jeweiligen Eigentümers	93
4. Teil: Nutzungseinlagen in Personen- und Kapitalge- sellschaften durch ihre Gesellschafter	99
§ 7 Der Begriff der Einlage im Recht der Personenge- sellschaften, der Kapitalgesellschaften und im Steuerrecht	99
I. Der Einlagebegriff im Recht der Personengesell- schaften	99
II. Der Einlagebegriff im Recht der Kapitalgesell- schaften	100
III. Verdeckte Einlagen in Gesellschaften durch den Ge- sellschafter	101
IV. Der steuerrechtliche Einlagebegriff	103
§ 8 Die Nutzungseinlage in Personengesellschaften durch ihre Gesellschafter	104
I. Die Anwendung der einkommensteuerlichen Einlage- vorschrift bei Einlagen in Personengesellschaften	104

II. Nutzungsüberlassungen zugunsten der Gesellschaft als Nutzung von Wirtschaftsgütern des Privatvermögens oder des Sonderbetriebsvermögens des Gesellschafters?	105
III. Mehrung des Gesellschaftsvermögens durch die Nutzungsüberlassung	109
§ 9 Die Nutzungseinlage in Kapitalgesellschaften durch ihre Gesellschafter	110
I. Die Anwendung der einkommensteuerlichen Einlagevorschrift bei Einlagen in Kapitalgesellschaften	110
II. Die verdeckte Nutzungseinlage als Spiegelbild zur verdeckten Ausschüttung von Nutzungen	114
III. Problematische Berücksichtigung des Aufwandes beim Gesellschafter	118
5. Teil: Nutzungseinlagen zwischen verbundenen Kapitalgesellschaften	120
§ 10 Inländische Sachverhalte	121
I. Nutzungsüberlassungen zugunsten der Tochtergesellschaft durch die Muttergesellschaft	121
II. Nutzungsüberlassungen zwischen Schwestergesellschaften	122
1. Die Entwicklung der Rechtsprechung	122
2. Die Einbeziehung der Muttergesellschaft in die Leistungsbeziehung zwischen S 1 und S 2 als gedanklicher Ausgangspunkt der BFH-Rechtsprechung	123

3. Die Ungleichbehandlung von Unterpreislieferung und Unterpreisleistung auch nach dem Beschluß des Großen Senats	125
a) Unterpreislieferungen	125
b) Unterpreisleistungen	126
c) Kritik	127
4. Gleiche Bewertung von verdeckter Gewinnausschüttung und verdeckter Einlage von Nutzungen	131
§ 11 Sachverhalte mit Auslandsbeziehung – Konkurrierende Gewinnberichtigung nach § 1 AStG	132
I. Nutzungsüberlassungen durch die Muttergesellschaft zugunsten der Tochtergesellschaft	132
1. Inländische Tochtergesellschaft und ausländische Muttergesellschaft	132
a) Konsequenz nach der Rechtsprechung des Großen Senats	132
b) Konsequenz bei Anerkennung der Nutzungseinlage	134
2. Inländische Muttergesellschaft und ausländische Tochtergesellschaft	134
a) Konsequenz nach der Rechtsprechung des Großen Senats	134
b) Konsequenz bei Anerkennung der Nutzungseinlage	135
ba) Konkurrenzverhältnis zwischen verdeckter Einlage und § 1 AStG?	135
bb) Art der Konkurrenz zwischen verdeckter Einlage und § 1 AStG	137

II. Nutzungsüberlassungen zwischen Schwestergesellschaften	139
1. Inländische Muttergesellschaft, inländische S 1 und ausländische S 2	140
a) Konsequenz nach der Rechtsprechung des Großen Senats	140
b) Konsequenz bei Anerkennung der Nutzungseinlage	142
2. Inländische Muttergesellschaft, ausländische S 1, inländische S 2	143
a) Konsequenz nach der Rechtsprechung des Großen Senats	143
b) Konsequenz bei Anerkennung der Nutzungseinlage	144
3. Inländische Muttergesellschaft, ausländische S 1, ausländische S 2	144
a) Konsequenz nach der Rechtsprechung des Großen Senats	144
b) Konsequenz bei Anerkennung der Nutzungseinlage	144
4. Ausländische Muttergesellschaft, inländische S 1, inländische S 2	145
a) Konsequenz nach der Rechtsprechung des Großen Senats	145
b) Konsequenz bei Anerkennung der Nutzungseinlage	146
5. Ausländische Muttergesellschaft, ausländische S 1, inländische S 2	146
a) Konsequenz nach der Rechtsprechung des Großen Senats	146
b) Konsequenz bei Anerkennung der Nutzungseinlage	146
6. Ausländische Muttergesellschaft, inländische S 1, ausländische S 2	146
a) Konsequenz nach der Rechtsprechung des Großen Senats	146
b) Konsequenz bei Anerkennung der Nutzungseinlage	147
7. Ergebnis	147

Inhaltsverzeichnis

6. Teil: Ergebnisse 149

Sachregister 155